

Verantwortliche
Redakteure.
Für den politischen Theil:
L. Fontane,
Mr. Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
Für den übrigen redakt. Theil:
J. Hirschfeld,
sämtlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inserentenheft:
J. Klugkist in Posen.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expeditoria
Zeitung, Wilhelmstraße 17.
Herr Ad. Höch, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitfeld-Giele,
Otto Nitsch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen Pfeiffer
Posse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Danke & Co., Invalidendienst.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Nr. 289

Die „Posener Zeitung“ erscheint monatlich erst Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierzehn
Jahre 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Preußland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 28. April.

1891

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung vom 27. April, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung der Zuckersteuervorlage.

Die Berathung der Kommission hat bekanntlich ein negatives Resultat gehabt und zu dem Antrage auf Ablehnung der Vorlage geführt, sodaß der zweiten Lesung die Regierungsvorlage zu Grunde liegt.

Dieelbe will aus dem bisherigen Zuckersteuersystem die Materialsteuer beseitigen und in Zukunft nur eine Verbrauchssteuer, die von 12 auf 22 Mark erhöht werden soll, bestehen lassen; zugleich sollen auch die Exportprämien in Fortfall kommen. Doch soll von Infrastrukturen des Gesetzes — am 1. August 1892 — bis zum 1. August 1895 eine dreijährige Uebergangsperiode statthaben, in welcher eine offene Exportprämie von 1 Mark gewährt und eine Verbrauchsabgabe von nur erst 20,75 Mark erhoben werden soll.

Hierzu liegt ein Antrag v. Stolberg-Wernigerode (konf.) u. Gen. vor: die Uebergangsperiode auf 8 Jahre zu verlängern und in den ersten 4 Jahren eine offene Exportprämie von 1,50 Mark, in den späteren 4 Jahren von 1 Mark zu gewähren, und die Verbrauchsabgabe auf 18 Mark festzusetzen.

Ein freisinniger Antrag Dr. Witte u. Gen. will dagegen das Gesetz schon mit dem 1. August dieses Jahres in Kraft treten lassen und alle Uebergangsbestimmungen beseitigen, also die Exportprämien gleichfalls sofort aufheben, ferner die Verbrauchsabgabe nur auf 16 Mark erhöhen.

Referent Abg. Bühl begründet den Kommissionsbeschuß auf Ablehnung der Vorlage. Im Prinzip habe die Kommission dem § 1, der Beseitigung der Materialsteuer und Exportprämien zugesagt, habe aber sich nicht darüber einigen können, was an die Stelle des bisherigen Systems der Besteuerung treten soll.

Die Berathung beginnt zunächst über § 1 (Ablehnung der Zuckersteuer).

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Malzahn: Wir werden abwarten müssen, ob und in wie weit der Reichstag dieser Vorlage zustimmen, oder welche Veränderungen er an derselben treffen wird.

Die Verantwortung wird bei der veränderten Sache nicht die verbündeten Regierungen, sondern den Reichstag treffen. Wir wollen mit dem bisherigen System der Materialsteuer brechen, weil wir im Reich stetig steigende Ausgabenbedürfnissen gegenüberstehen, die Rübensteuer aber eine entschiedene Tendenz zum Defizit hat, so daß bei der Beibehaltung des jetzigen Systems für die Reichskasse keine dauernde Mehreinnahme, sondern im Gegenteil ein Zurückgehen zu erwarten ist. Wir müßten uns um so mehr für das ausschließliche System der Verbrauchssteuer entscheiden, weil das System der Rübensteuer die deutsche Zuckerproduktion jetzt in einen Zustand versetzt hat, wo es aufgehört hat, reichlich zu wirken, und im Gegenteil bedenkliche Konsequenzen zeigt. Den gegenwärtigen Moment halten wir für einen besonders günstigen, weil das Bedürfnis der Reichskasse augenscheinlich nicht sehr dringend ist, sodass wir durch Uebergangsbestimmungen die Industrie schonen können, was in einer späteren Zeit nicht möglich sein würde. Man hat nun vor einem zu schroffen Uebergang gewarnt mit der Motivierung, daß dieser die deutsche Zuckerindustrie schullos der Konkurrenz des Auslands preisgebe. Allein richtig aber ist der Standpunkt: ist es zulässig, ein weiteres durch die Verhältnisse von Bedarf und Nachfrage nicht gebotenes Anwachsen unserer Zuckerindustrie durch Staatszuschüsse noch zu begünstigen? (Sehr richtig! links.) Diese Frage muß aber verneint werden. Die Menge der verarbeiteten Rüben ist von 14 Millionen Doppelzentnern in 1881/82 auf 62,7 Millionen in 1887/88, 79 Millionen in 1888/89, über 98 Millionen in 1889/90 und ungefähr 106½ Millionen in 1890/91 angewachsen. Die Zuckerproduktion ist von 1 864 000 Doppelzentnern in 1871/72 auf 13 374 000 Zentner im laufenden Jahre gestiegen. Der Inlandskonsum beträgt aber nur 4½—5 Millionen, der Überschuss wird für das Ausland produziert. Eine ähnliche Produktionssteigerung findet in den anderen Konkurrenzländern statt. Die Produktionssteigerung erfolgt in schnellerem Tempo als die Steigerung der Konsumtion, und so wächst die Größe der Gefahr eines allgemeinen Krachs. Das ist mitbestimmend gewesen, in diesem Augenblick der deutschen Zuckerindustrie durch diese Vorlage einen Warnungsruß angedeihen zu lassen.

An Exportprämien sind seit 1877/78 213 243 873 M. gezahlt worden. Die Zuckerindustrie bestreitet, daß dieser Betrag ihr voll zugeslossen sei; sie kann aber nicht bestreiten, daß ihn die Inlandssteuerzahler ohne Äquivalent zu Gunsten der Zuckerproduktion haben aufbringen müssen. Dieser Vorbehalt der Zuckerproduktion beschränkt sich nicht bloß auf den Baarzuschuß, welcher für den exportierten Zucker über die Rübensteuer hinaus gezahlt wird, sondern auch darauf, daß dieser Überschuss im Inlandspreise sich ausdrückt. Man kann das natürlich nicht zahlenmäßig berechnen, es läßt sich aber mit der Exportprämie zusammen auf 380 bis 440 Millionen schätzen. Derartige Überschüsse kann kein Staat, weder Deutschland noch unsere Konkurrenzländer dauernd einer Industrie leisten, wenn die finanziellen Bedürfnisse des Staates steigen, und die Industrie inzwischen im Stande ist, auf eigenen Füßen zu stehen.

Bei einem inländischen Konsum von 5 Millionen Doppelzentner produziert unsere Zuckerindustrie 13 Millionen und nimmt mit 8 Millionen auf dem Weltmarkt den ersten Rang ein. Diese Stellung zu behaupten, genügt nach Ansicht der Regierung eine Uebergangszeit von 4 Jahren. Wir hoffen mit Bestimmtheit, daß unsere Konkurrenzländer uns inzwischen folgen werden. Die Höhe der bisher gezahlten Prämien ist aber andererseits eine so erhebliche, daß ein plötzliches Abschneiden eines solchen Zuschlusses ohne jeden Übergang sehr gefährlich sein würde. Deshalb muß ich jedem darauf zielen Antrage entschieden widersprechen.

Die Regierungen wünschen dringend, daß über diese Vorlage in dieser Session eine annehmbare Verständigung erzielt werden möge. Wir wünschen das nicht nur im Interesse der Reichskasse, sondern vor allem im Interesse der deutschen Zuckerindustrie, weil wir befürchten, daß, wenn diese Verständigung jetzt nicht erzielt wird, in späteren Jahren zwingendere Verhältnisse vorliegen können, welche für die deutsche Zuckerindustrie eine wesentlich ungünstigere Gestaltung des Übergangs in neue Verhältnisse zur Folge haben werden.

Abg. Fürst Hirschfeld (Rp.): Eine Industrie, welche auf der Landwirtschaft basirt, darf man nicht zu Grunde richten. Bisher hat die Zuckersteuer ihren Zweck erreicht. Trotzdem kommt die Regierung mit einer tief einziehenden Veränderung derselben in einem Augenblick, wo die Londoner Zuckerkonferenz gescheitert ist, wo Frankreich und Amerika hohe Prämien zahlen, in einem Augenblick, wo wir vor dem Abschluß neuer Handelsverträge stehen, deren Rückwirkung auf die Zuckerindustrie nicht abzusehen ist, und trotzdem der Schatzsekretär in der Kommission erklärt hat, in den nächsten 2 bis 3 Jahren sei ein Mehrbedürfnis des Reiches nicht zu erwarten. Trotzdem ist meine Partei bereit, weite Zugeständnisse zu machen unter der Bedingung, daß der Rübenbau nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist zu bedauern, daß der preußische Landwirtschaftsminister sich an den Kommissionsberathungen nicht beteiligt hat. Eine Preisherabsetzung des Zuckers würde auch eine bedeutende Ermäßigung der Rübenpreise zur Folge haben, und wenn der jetzt schon niedrige Preis noch um 12 oder 14 Pf. herabgesetzt würde, so würde in Deutschland der Anbau von Rüben kaum noch lohnend sein. An der Aufrechterhaltung des jetzt schon niedrigen Rübenpreises haben nicht bloß die Großgrundbesitzer, sondern auch kleine Besitzer ein großes Interesse. Die Rübenpreise haben auch im Osten einen großen Einfluss auf die Arbeiterlöhne und die Auswanderung. Unsere Zuckerindustrie spielt auch eine entscheidende Rolle in unserer Handelsbilanz, denn es werden für 200 Millionen Mark Zucker jährlich exportiert. Das Ausland erhofft von der Durchbringung dieser Vorlage eine größere Steigerung der Produktion, ja Österreich und Frankreich soll sich darauf schon vorbereitet haben. Wie kann man von einem Geschenk an die Zuckerindustriellen sprechen? Dieses Geld bleibt nicht in der Tasche der Zuckerindustriellen, es fließt in die allerkleinsten Kanäle des Volkes. Redner kündigt zum Schluss noch einen besonderen Antrag an, wonach Exportprämien „bis auf Weiteres“ als Kampfmittel gegen Konkurrenzstaaten mit solchen Prämien bestehen sollen.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Die Regierung scheint sich bei dieser Vorlage der Bedeutung der Zuckerindustrie für das wirtschaftliche Leben und für die Landwirtschaft nicht voll bewußt gewesen zu sein. Nebenstehend ist die Vorlage jedenfalls gekommen; nachdem 1887 eine soweit gehende Veränderung in der Zuckersteuer eingetreten war, konnte man wohl erwarten, daß man einige Jahre länger gewartet hätte, und zwar um so eher, als die finanziellen Ergebnisse aus dem damals eingeführten gemischten System sogar die Hoffnung der Regierung übertrroffen haben. Noch vor kurzer Zeit bestand die Ansicht, daß man nur auf dem Wege der Konvention die Prämien abschaffen könne. Die Verhandlungen aber sind gescheitert, und die Aussichten sind seitdem nicht besser geworden. Wenn nun der Schatzsekretär erwartet, daß die französische Regierung durch das Vorgehen Deutschlands ihrerseits zur Abschaffung der Prämien bewogen werden würde, so steht das im Widerspruch mit den bisher in solchen Dingen gemachten Erfahrungen, mit der Taktik, die die Regierung sonst einzuhalten hat. Man irrt sich, wenn man glaubt, daß Frankreich unser Vorgehen nachahmen wird. Wir erleichtern den Franzosen durch die Abschaffung der Prämien ein solches Vorgehen nicht, und darin liegt eine ernsthafte Gefahr für unsere Industrie und für unsere Stellung auf dem Londoner Weltmarkt. Frankreich, welches lange zurückgeblieben war in dieser Industrie, hat seitdem es in der Mitte der achtziger Jahre unser System annahm, geometrisch progreßiv wachsende Erfolge gebracht. Sie haben alles benutzt, was wir nach langen Erfahrungen zum Theil unter großen Opfern geschaffen haben. Technische Fabrikgeheimnisse sind das nicht. In wenigen Jahren würden die Franzosen auf der Höhe unserer Industrie sein. Die Abschaffung der Prämien würde der deutschen Industrie eine um so gefährlichere Konkurrenz schaffen. Aber es würde auch eine bedauerliche Rückwirkung auf die Landwirtschaft haben. Denn wenn die Industrie genötigt wird, ihre Produktionskosten einzuschränken, wird sie das Rohmaterial niedriger bezahlen müssen. Die Folge davon wird sein, daß in manchen Gegenden der Rübenbau bedeutend eingeschränkt oder ganz eingesetzt werden wird. (Hört! hört! rechts.) Die Regierung führt als Grund für ihre gegen das vorige Jahr so veränderte Stellungnahme das steigende Ausgabenbedürfnis des Reichs und die Übersproduktion an. Um Mehreinnahmen zu erzielen, braucht man doch nicht so radikal zur reinen Konsumabgabe übergehen. Man könnte ganz gut auf der Grundlage des Gesetzes von 1887 vorgehen; die Prämien etwas verringern und dazu noch die Konsumabgabe erhöhen. (Sehr richtig, rechts.) Eine unberechtigte Übersproduktion besteht aber gar nicht. Sie steht im Verhältniß zu dem Zuwachsen der Bevölkerung und ihrer größeren Konsumfähigkeit, die wir entweder jetzt schon erlebt haben, oder in den nächsten Jahren erwarten müssen. Man sagt, daß die Prämien künftig den englischen Konsum fördern, zugleich aber den inländischen versteuern. (Abg. Dr. Barth: Sehr richtig!) Das ist doch ein toller Widerspruch. Wenn um den Prämienbetrag der Weltmarkt sich niedriger stellt, kann doch der inländische Zucker um denselben Prämienbetrag nicht teurer werden. Man verliert aus den Augen, welchen Preis der Zucker seit fünfzig Jahren gehabt hätte, wenn wir nicht unsere Rübenwirtschaft gehabt hätten. Da wäre der Preis für den kleinen Mann unerreichbar gewesen. Gerade die Prämien haben unsere Industrie erzogen, welche es möglich machten, daß der Preis für Zucker in den letzten Jahren erheblich gesunken ist.

Wir werden den § 1 annehmen, aber nur mit dem Vorbehalt, daß es gelingen wird, in der zweiten oder dritten Berathung sich über diejenigen Bestimmungen zu einigen, welche einen genügenden Übergang enthalten für den Eintritt in diese radikal veränderten

Verhältnisse. Sollte das nicht der Fall sein, so werden meine Freunde in der dritten Lesung gegen den § 1 und gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Witte (df.): Ich bedaure, daß die Regierungen auch diesmal keine offene bestimmte Haltung gegenüber der Frage der Ausfuhrprämien eingenommen haben. Das Prämentwesen hat immer nachtheiliger auf die Industrie gewirkt, und auch deshalb muß ich bedauern, daß die Haltung der Regierung eine so wenig energische ist. Niemand verkennt wohl weniger wie ich den innigen Zusammenhang der Landwirtschaft mit der Zuckerindustrie. Die Herren indeß, welche von der Vorlage eine Schädigung der Landwirtschaft befürchten, haben keine Beweise dafür beigebracht. (Widerspruch rechts.) Herr v. Kardorff hat in erster Lesung gesagt, wenn die Zuckerindustrie umgebracht ist, ist auch die Landwirtschaft hin. Ich verstehe nicht, wie er der Regierung solchen Vorwurf machen kann, da diese doch sonst in dem Schutz der Landwirtschaft sehr weit geht. Nun möchte ich darauf auferksam machen, daß seit der letzten Heraussetzung der Bräme keine Veränderung des Rübenbaus noch des Rübenpreises eingetreten ist. (Widerspruch rechts.) Heute wird wie früher der Zentner Rüben mit 1 Mark bezahlt, und ich frage jeden Landwirth, ob das nicht ein Preis ist, wobei der Landwirth nicht bloß auf seine Kosten kommt, sondern noch etwas verdient. (Widerspruch rechts.) Von einer Schädigung der Landwirtschaft durch dieses Gesetz kann gar keine Rede sein. Dann führt man uns immer das Ausland vor. Herr v. Bennigsen ist sehr im Irrthum, wenn er annimmt, daß Frankreich uns beinahe nahe gekommen ist in seiner Zuckerproduktion. Doch davon bei einem späteren Paragraphen. Ich erinnere Herrn v. Bennigsen nur an meine Broschüre, deren Angaben, so weit sie Frankreich betreffen, bisher noch von keiner Seite bestritten worden sind. Bunderbar waren die Ausführungen des Vorredners über den Einfluss der Bräme auf den Weltmarktpreis. Wir leugnen nicht, daß der Weltmarktpreis durch die Bräme vermindert worden ist. Die Herren Zuckerinteressenten hätten das allerdings gern verhindert, sie hätten außer der Bräme auch gern hohe Weltmarktpreise gehabt. Wir haben mit der Bräme auf dem Weltmarkt demoralisiert gewirkt. Mit dem Augenblick, wo wir die Bräme abschaffen, steigt der Weltmarktpreis, Industrie und Landwirtschaft werden in gesunde Verhältnisse kommen. Darum bitte ich Sie, § 1 anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode (konf.): Ich verneine nicht, daß die gegenwärtigen Zustände unthalbar sind und bin bereit, an einer Änderung mitzuwirken. Allerdings darf das nicht auf Kosten der Landwirtschaft geschehen. Sollte bis zur dritten Lesung keine Einigung zu Stande kommen, so muß ich gegen die Vorlage stimmen.

Reichskanzler v. Caprivi: Es stehen in dieser Frage Ansicht gegen Ansicht, Erfahrungen gegen Erfahrungen sich gegenüber. Ich werde nur kurz den Standpunkt der verbündeten Regierungen darlegen. Für das Entgegengenommen, das Abg. Fürst Hirschfeld aussprach, kann die Regierung nur dankbar sein, selbst wenn das Entgegengenommen nicht so weit ging, als sie das von ihrem Standpunkt aus für wünschenswert oder erforderlich hält. Ich möchte andererseits aber wiederholen vor allen Beurteilungen, wie sie Fürst Hirschfeld aussprach, soweit sie eine thatsächliche Grundlage nicht haben, warnen. Für die mehrfach ausgeprochene Behauptung, die Regierungen scheinen die Interessen der Landwirtschaft nicht sorgsam genug zu pflegen, möchte ich doch um den Beweis bitten. Die Regierungen sind von der Wichtigkeit der Landwirtschaft so überzeugt, wie vielleicht Niemand im Hause. Keine ihrer Handlungen kann zu einem solchen Vorwurfe Veranlassung geben. Wenn der künftige deutsch-österreichische Handelsvertrag hier zur Sprache kommen wird, werden wir nachweisen können, daß eine Schädigung der Landwirtschaft von Seiten der Regierung nicht beabsichtigt worden ist, daß sie auch voraussichtlich durch das, was sie tut, nicht eintritt. (Hört! hört! links.) Ich könnte Zeugnisse dafür anführen, welche von einer großen Steigerung der Zuckerindustrie Gefahren erwarten, aber ich will mich auf die Versicherung beschränken, daß die Regierungen sich das Interesse der Landwirtschaft sehr warm angelegen sein lassen. Natürlich sind hier auch die Stimmen der Landwirtschaftsminister zur Geltung gekommen, und ich habe weder für Preußen noch für einen andern Staat Grund zu der Annahme, daß der Landwirtschaftsminister nicht rechtzeitig gehört worden wäre. Die Frage der Auswanderung liegt der Regierung gewiß sehr nahe am Herzen, und Sie können überzeugt sein, daß alles, was geschehen kann, auch geschehen wird, um die Auswanderung in solche Bahnen zu lenken, daß unser Ackerbau lebensfähig bleibt. Die Vorlage soll auch überraschend gekommen sein, und die Regierungen sollen sich ihrer Bedeutung nicht voll und ganz bewußt gewesen sein. Ich habe auch den Beweis hierfür vermitzt. Sie ist bereits unter meinem Vorsitz vorgenommen worden (hört! hört!).

Der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist nun der, daß sie von der Notwendigkeit einer Änderung des bestehenden Zustandes überzeugt sind und an dieser Überzeugung festhalten. Die Regierung hält die von ihr eingebrachte Vorlage noch heute für das beste. Wenn sich aber für dieselbe eine Majorität finden würde, so wird sie geneigt sein, nach wie vor in Verhandlungen einzutreten. Ich glaube, daß es den verbündeten Regierungen sehr schwer sein würde, in eine Verlängerung der Bräme in aeternum zu willigen. Damit würde der Zweck dieser Vorlage nicht erreicht. Wenn wir mit einer beschränkten Zeit anfangen, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß andere Staaten unserem Vorgehen folgen werden. Ich halte es also nicht für wahrscheinlich, daß die verbündeten Regierungen sich auf eine feste Bräme in aeternum verstehten werden, und auch nicht, daß sie wesentlich unter den Ertrag der Konsumgüter heruntergehen, welche die Regierungsvorlage bietet.

Wenn auch die finanzielle Lage nicht eine günstige ist, so werden wir doch einmal vor der Möglichkeit stehen, Mehreinnahmen haben zu müssen. Ob dieser Zeitpunkt in diesem Jahre oder im nächsten oder in zwei Jahren eintritt, ist nicht ab-

zusehen, daß er aber kommen wird, ist zweifellos. Wir brauchen Geld für die Alters- und Invalidenversicherung, für die Erhöhung der Beamtengehälter, und auch die natürliche Entwicklung der Dinge bringt eine Steigerung der Ausgaben mit sich in den großen Staats des Heeres und der Marine. Wir haben schon jetzt eine Militärpolitik festgestellt, die wir Ihnen in dieser Session wegen der Geschäftslage des Hauses noch nicht zugesetzt haben, das macht auch eine Mehrausgabe von 1 Million. Aber auch abgegeben von allen diesen Dingen muß man an eine langsame Steigerung der Einnahmen denken. Oft genug ist die Klage laut geworden, daß in der Finanzwirtschaft des Reiches ein zu großer Theil der Ausgaben auf Anleihen genommen werde, und daß der Amortisation der Reichsschuld bisher nicht eine hinreichende Sorge zu Theil würde. Sodann haben die verbündeten Regierungen noch das Motiv in Betracht gezogen, daß es wünschenswert ist, die wirtschaftlich Schwäche gezeigt zu entlasten.

Vom wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Standpunkt aus glaube ich also nicht, daß die verbündeten Regierungen von der Vorlage zurücktreten werden. Ich halte es für wahrscheinlich, daß, wenn in diesem Jahre, was ich überaus befürchten würde, nichts zu Stande käme, die verbündeten Regierungen genötigt sein würden, in der nächsten Tagung noch einmal mit dieser oder einer ähnlichen Vorlage vor das Haus zu treten. Ich würde Sie also bitten, wenn Sie jetzt nicht zu einem Entschluß kommen können, wenigstens nichts zu thun, was der endlichen Erledigung dieser Vorlage in dieser Sitzung präjudizieren würde.

Abg. Ullrich (Sos.): Die Herren schützen immer das Interesse der armen Bauern für die Aufrechterhaltung der Exportprämien vor. Diese Zuckerbauern sind aber zumeist die Zuckerbarone selber, welche den Vorteil von den Prämien haben. Die Arbeiter haben ebensowenig wie die kleinen Bauern einen Vorteil von der Zuckerindustrie. Die Zuckerbarone bauen zumeist ihre Rüben selber. Es handelt sich bei der Zuckerindustrie gar nicht mehr um einen landwirtschaftlichen Betrieb, sondern um einen reinen Industriebetrieb. Seit 1871 ist der Zuckerbaronen bei nahe eine halbe Milliarde aus der Tasche des Volkes geschenkt worden. Wir sind weder für Materialsteuer noch für Konsumsteuer zu haben; denn wir wollen überhaupt keine Steuern auf die nothwendigen Lebensmittel.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Malzahn protestiert dagegen, daß er heute über die Materialsteuer in der Weise geurtheilt habe, wie der Vorredner es ihm imputirt habe. Er erkennt ausdrücklich an, daß die Materialsteuer früher die Zuckerindustrie zur Blüthe geführt und nicht nur einigen reichen und adeligen Herren, sondern der Arbeiterbevölkerung den größten Nutzen gebracht habe.

Abg. Graf v. Hoensbroech (Btr.) erklärt die Beunruhigung der Zuckerindustrie für gerechtfertigt gegenüber den Leberrreibungen der Linken. Mit dem Abschluß der Handelsverträge hätte Redner die Frage der Zuckersteuer nicht zu verquicken; in dieser Beziehung dürften der Regierung keinerlei Schwierigkeiten gemacht werden. Das Zentrum werde für den § 1 stimmen. Einem Nebergang halte es für nothwendig; es werde die richtige Mittellinie zwischen den Interessen der Reichskasse und der Zuckerindustrie suchen.

Abg. v. Kardorff (Kp.) erklärt, heute gegen den Antrag Hasfeldt stimmen zu wollen. Die Frage, ob das von dem Fürsten Bismarck aufgerichtete Wirtschaftssystem fortduern werde oder nicht, bringe eine große Beunruhigung hervor, welche allerdings von der Regierung nicht beachtet werde. Unter diesen Umständen könne er nicht für eine Änderung des Zustandes eintreten. Die Interessen der Landwirtschaft seien solidarisch. Würde er heute für die Aufhebung des bisherigen Zustandes eintreten, so sei zu befürchten, daß bei einer Änderung des Brantweinsteuergesetzes die Zuckerindustriellen nun sagen würden: Ihr habt uns damals im Stich gelassen, drum treten wir jetzt nicht für eure Interessen ein. Die Ausführungen des Abg. Witte bewiesen wenig Kenntnis der Landwirtschaft. Es gehörten dreißig Jahre dazu, um beim

Rübenbau zu einem befriedigenden Ertrage zu kommen. Der Wechsel von dem Getreidebau zum Rübenbau sei mit großen Kosten verbunden. In Frankreich besteht die Möglichkeit einer noch weit größeren Ausdehnung des Rübenbaus in hohem Maße, da es ein dreifach so großes Areal in Weizenanbau habe als wir, ein Boden, der leicht in Rübenboden verwandelt werden könnte. Zweifellos würden wir nach dem Aufhören der Exportprämie durch Frankreich aus dem Weltmarkt verdrängt werden. Der Preis für den Zentner Rüben sei jetzt nicht 1 Mark, sondern 85 Pfennige. Gehe aber der Preis noch herunter, so sei der Rübenbau absolut nicht lohnend. Man bezeichne die Zuckerindustrie als Treibhauspflanze, eine solche Treibhauspflanze sei aber auch die Mark Brandenburg gewesen, aus welcher das Königreich Preußen und das Kaiserreich Deutschland hervorgegangen sei (Abg. Richter: Hat aber keinen Zuschuß bekommen. Heiterkeit). Hoffentlich werde es dem Reichskanzler gelingen, den Bauernstand, auf dem die Kraft des Reiches beruhe, zu erhalten.

Abg. Dr. Barth (dfr.): Seit 10—12 Jahren ist kein Jahr vorübergegangen, wo nicht die Protektionisten bemüht gewesen wären, fortwährend Änderungen in den bestehenden Verhältnissen vorzunehmen und die Allgemeinheit zu beunruhigen. Zu wiederholten Maleen würde der Getreidezoll erhöht. Soll jetzt eine Reform der Zuckersteuer eintreten, so muß sie eine radikale sein. Wir haben es stets abgelehnt, einseitige Interessen einer Bevölkerungsklasse zu vertreten oder ihr Begünstigungen auf Kosten der Allgemeinheit zu gewähren. Die Engländer sind mit ihrer Wirtschaftspolitik nicht schlecht gefahren. Einer künstlichen Vertheuerung eines Produkts müssen wir entgegentreten. Wenn ich den Ansichten des Herrn v. Bennigsen über die Wirkung der Ausfuhrprämien auf den Weltmarktpreis zustimmen kann, so kann ich um so weniger begreifen, wie man denn überhaupt Prämien zu bewilligen sich entschließt. Und dann ist das Prämienystem der reine Unfug, und es ist das Unnützte und Verderblichste, was man thun kann, denn es handelt sich dabei nur um ein Geschenk an die Engländer. 45 Prozent von dem Bedarf Englands wird von Deutschland geliefert. Daraus ergibt sich, daß die Preisbildung auf dem Weltmarkt von der Preisbildung des Hauptlieferanten, Deutschlands, abhängig ist. Das wird aber auch geschehen, wenn wir wieder natürliche Verhältnisse geschaffen haben. Die Prämien werden auf die Dauer auch der Zuckerindustrie nichts helfen. Ich halte es auch nicht für richtig, daß die Regierungen mit der Befestigung der Materialsteuer gleichzeitig höhere Ergebnisse aus der Steuer verbinden wollen. Das müßte einer späteren Zeit vorbehalten werden.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Malzahn weist auf den Widerspruch hin, die Gegnerschaft gegen die Vorlage mit den Interessen der Landwirtschaft des Ostens zu begründen, und doch die Materialsteuer aufrecht erhalten zu wollen, welche gerade den mittleren Provinzen zu gute komme.

Abg. v. Staudt (konf.) erklärt, daß er mit einem Theile seiner Freunde im Gegenseite zum Grafen Stolberg im Interesse der Landwirtschaft sich ablehnend gegen die Vorlage verhalte. Es mußte niemand der Regierung absichtliche Schädigung der Landwirtschaft zu, aber manche Maßnahmen der neuen Zeit seien geeignet, die Landwirtschaft, namentlich des Ostens, schwer zu schädigen. Eine wesentliche Steigerung des Rübenbaus und mithin der Zuckerindustrie sei nicht mehr zu erwarten, da wir jetzt so ziemlich an die Grenze der zum Rübenanbau geeigneten Fläche gelangt sind. Die fiskalischen Rücksichten dürfen nicht bei der Entscheidung von Einfluß sein, denn man könne nicht leicht die Verantwortung dafür übernehmen, schon jetzt Mehreinnahmen für zukünftige Ausgaben zu schaffen. Die Rückzahlung der Materialsteuer sei erst durch die Verbesserungen der Technik zu einer Exportprämie geworden, man könne also der Regierung eine ursprünglich einseitige Vorzugsstellung nicht vorwerfen. In Frankreich sei diese Prämie noch höher als bei uns, und Frankreich mit seinem noch sehr ausdehnungsfähigen Rübenbau sei ein gefährlicher Konkurrent. Die französischen Zeitungen spotteten über unsere Vorlage und freuten sich, daß durch dieselbe die französischen Zuckerindustriellen die deutsche überflügeln würde. Von dem Gedanken der Zuckerindustrie hängt das Gedeihen eines großen und wichtigen

Theils der Landwirtschaft ab. Die von dem Minister über den Konsum, wie von den freisinnigen Rednern über die Belastung des Volkes angegebenen Zahlen seien nicht ganz richtig. Man überhäbe die Wirkung der Exportprämie. Allerdings betrage dieselbe 20 Millionen, aber man müsse doch die Einnahmen aus dem Export entgegenhalten. Die preußischen Könige haben die Kraft des Ostens stets gebraucht und ihm, das möchte ich Herrn Richter erwidern, zur Erhaltung seiner Kraft auch Zuschrifte gegeben.

Abg. Heinrich (Sos.) wirft dem Reichskanzler vollständige Unkenntnis der Verhältnisse vor, wenn er behauptet, die Exportprämien hätten auch den Kleinbauern und Arbeitern genügt. Die Kleinbauern seien geradezu aufgefressen worden von den großen Zuckerindustriellen. Die Zuckerbarone hätten Millionenprofe gemacht, die Lage ihrer Arbeiter habe sich aber verschlechtert, ihr Lohn — Naturallöhne erhielten sie nicht mehr — genüge nicht, sie zu ernähren. Nur eine überaus lange Arbeitszeit und Mitzarbeit ihrer Kinder schon vom sechsten Jahre an hätte sie bisher vor dem Hungertode geschützt.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Malzahn gibt dem Vorredner den Vorwurf der Unkenntnis zurück, da er behauptet habe, Naturallöhne würden den landwirtschaftlichen Arbeitern nicht mehr gegeben. Im Osten herrsche gerade die Naturallöhne vor.

Die Diskussion wird geschlossen.

§ 1 der Regierungsvorlage wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, eines Theils der Konservativen und Mitglieder der Reichspartei angenommen, ebenso en bloc die §§ 3—63 (Kontrolle- und Strafbestimmungen; Steuertechnische Sachen).

Die Berathung des § 2 (Konsumsteuer) ist ausgesetzt bis nach der Berathung des § 67 (Webergangsstimmung).

Das Haus vertritt sich hierauf.

Präsident v. Below heilt sodann mit, daß am Dienstag 11 Uhr die Leichenfeierlichkeiten für den Generalstabschef v. Moltke im Generalstabsgebäude stattfinden, von wo aus die Leiche nach dem Lehrter Bahnhof übergeführt wird. Wegen beschränkten Raumes könne aber an der Feierlichkeit nur eine Deputation derselben bewohnen, während es allen Mitgliedern freistehe, an dem Zuge nach dem Bahnhofe teilzunehmen. Mit Rücksicht auf die Feierlichkeit findet die nächste Sitzung erst Mittwoch 11 Uhr statt. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluß 4½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom 27. April, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die Ges.-G. betreffend die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Hannover, und der Rheinprovinz und betreffend die Form der schriftlichen Willenserklärungen der Presbyterien der evangelischen Gemeinden in der Provinz Westfalen und in der Rheinprovinz, sowie die Kirchenverfassungsnovelle für die acht älteren Provinzen werden debattiert in dritter Lesung angenommen.

Darauf wird die erste Berathung der Rentengutsvorlage fortgesetzt.

Abg. v. Below-Saleske (konf.) erklärt, seine Partei habe Sympathie für die Vorlage, welche ein kräftiger Schritt vorwärts nach langem Stillstand auf agrarpolitischem Gebiete sei. Es sei die höchste Zeit gegenüber der chronischen Entvölkerung des Landes. Das Eingreifen des Staates sei hier nicht bedenklich, denn es sei zu kontrollierender Staat, dem gegenüber das Steuerbewilligungsrecht und die Selbstverwaltung stehe. Wohl das freie Spiel der Kräfte führe, zeigten die Ringe (Abg. Richter: Sind die Folgen der Schutzölle!) Redner polemisierte gegen den Artikel der "Freisinnigen Zeitung", welcher einen Widerspruch konstruierte zwischen den einstigen Aufgaben der Rentenbanken, die den Landwirth frei machen wollten, und den jetzigen, die ihn fesseln wollten.

Stadttheater.

Posen, 27. April.

"Schuldig", Drama in 3 Akten von Richard Voß.

Während wir diese Zeilen schreiben, geht uns die betrübende Nachricht zu, daß der noch nicht 40 Jahre alte Dichter Richard Voß, der in letzter Zeit auf seiner Besitzung Bergfrieden bei Berchtesgaden schwer nervenleidend gelebt hat, in ein schweres Gemüthsleiden verfallen ist, das eine Hoffnung auf baldige Genesung als höchst unwahrscheinlich hinstellt. Erst vor einigen Monaten war Voß von einem langen und schweren Krankenlager aufgestanden und hatte sich, immer noch leidend, an die Arbeit gemacht, um sein Drama "Schuldig" zu schreiben. Deshalb hatte auch die erste Aufführung dieses Stücks (in Wien oder München) eine wesentlich höhere Bedeutung, als dies bei den früheren Bühnenwerken des Dichters der Fall war. Es handelte sich um die Beantwortung der Frage, ob der für die Literatur schon halb verloren geglaubte Dichter seine volle Schaffenskraft wieder erlangt habe. Die Antwort wurde durch die Erfolge des Dramas in Wien, München und im vorigen Monat auch in Berlin, zu Aller Freude in bejahendem Sinne gegeben. Dieser Erfolg lieferte den Beweis dafür, daß die mächtige dramatische Gestaltungskraft Voß' noch dieselbe tiefgreifende Wirkung auf die Gemüther der Zuhörer auszuüben im Stande ist. Die Kritik kann sich freilich nicht so bedingungslos der Meinung des Publikums anschließen. Es walzt hier eben dasselbe Verhältnis ob, wie bei den früheren Stücken des Dichters. Die frankhafteste Leidenschaftlichkeit, die sich durch alle Dramen von Voß zieht, das ungestüme Naturell des Dichters macht sich in "Schuldig" noch bemerkbar als in den bisherigen Werken. Aber die bedeutende dichterische Kraft, die sich in der Durchführung kundgibt, siegt in der Wirkung über die Unerquicklichkeit des Stoffes. Den Inhalt des Stücks kennen unsere Leser bereits aus dem Bericht über die Berliner Aufführung. Es ist ein furchtbare Gemälde, welches der Dichter uns hier entrollt. Die Voraussetzungen des Dramas sind kräftig, aber die Durchführung ist ausgezeichnet. Die Wirksamkeit der Szenen zeigt eine meisterhafte Technik und ebenso meisterhaft ist die psychologische Entwicklung. Der Zuhörer wird mit fortgerissen, er muß mit gespanntestem Interesse dem Gange der Handlung folgen, trotz der Unbehaglichkeit, welche durch die ebenso bitter ernsten, wie grausamen Konflikte hervorgerufen wird. Aber die Handlungwickelt sich so

rapid ab, daß man zu besonderen Beobachtungen keine Zeit hat. Voß nimmt auch in "Schuldig", wie schon von jener, das Recht für sich in Anspruch, den Zuhörer durch die Art der Behandlung seiner Probleme zu quälen. Wie schon in "Alexandra" und "Eva", so ist Voß auch hier seiner Neigung für Buchthaus-Probleme gefolgt. Das Stück beginnt im Buchthause und endigt in demselben, wenigstens befindet sich der Held, der zwanzig Jahre unschuldig verbißt hat, wieder auf dem Wege nach dem Buchthause, diesmal aber als wirklich Schuldiger.

Mag die Wirkung einiger Szenen oder vielleicht auch die Gesamtwirkung eine mehr oder weniger peinliche sein, so muß das Stück doch dem Zuhörer eine reiche Fülle von Unterhaltungen geben. Der Grundgedanke des Stücks ist, daß die Irrtümer unserer Rechtsprechung namenloses Elend zur Folge haben können, und nicht nur in Beziehung auf den unschuldig Verurteilten selbst, sondern fast in noch höherem Grade auf die Familienangehörigen desselben. Unser Verstand sagt uns selbstverständlich, daß solche Irrtümer vorkommen werden, so lange überhaupt eine Justiz existiert und daß der Segen einer geordneten Justiz die hier und da hervortretenden Mängel tausendfach aufwiegt. Auf Grund dieser unzweifelhaften Thatsache könnte man fragen: gehört es zu den Aufgaben der Bühne, sich mit den rechtspolitischen Problemen von der Schul und Unschuld zu beschäftigen? Nach unserer Meinung, ja! Wir müssen dem Dichter das Recht einräumen, unter Beiseitlassung des erwähnten allgemeinen Gesichtspunktes, einen in diesem Falle allerdings besonders schrecklichen Einzelfall dem Zuhörer vor Augen zu führen.

Der Vorwurf, den sich Voß in seinem "Schuldig" gewählt hat, ist, wie schon gesagt, tief ergreifend, aber auch durchaus glaubhaft und wahr. Ebenso wahr sind auch die äußersten Konsequenzen, welche der Dichter gezogen hat. Wäre dieser selbe Stoff von einem Dichter dramatisch bearbeitet worden, der seine Gefühle zu beherrschen, seine lodernde Leidenschaft zu mäßigen versteht, so würde eine Tragödie von unvergleichlich tiefer Wirkung geschaffen worden sein. Bei Voß liegen die Verhältnisse leider anders. Er läßt sich von der Gewalt seiner Ideen mit fortreißen; er gibt im Grunde genommen keine Psychologie der von ihm geschaffenen Gestalten, er gibt vielmehr eine Psychologie seines eigenen Wesens. Und so weist "Schuldig" dieselben Mängel auf, wie die früheren Dramen desselben Dichters und sogar in noch höherem Grade, was wohl durch den frankhaften Zustand, in

dem Voß das Stück geschrieben, erklärt ist. Nur eine einzige Person des Dramas, nämlich die Hauptperson, der Buchthäusler Thomas Lehr, spricht wirklich natürlich; alle anderen Personen ergehen sich in bombastischen Reden, die man wohl in einem Roman vertragen würde, aber nie und nimmer in einem derartigen Drama auf der Bühne. Dazu kommt noch, daß Voß Situationen geschaffen hat, die uns überflüssig erscheinen und die, kennten wir nicht das Wesen des Dichters, beinahe auf die Absicht schließen ließen, dem Zuhörer Grauen und Entsetzen einzuflößen, und somit als einfache Kouïsserei zu betrachten wären. Wir wissen aber, daß Voß eine solche Absicht vollständig fern liegt. "Schuldig" hatte aber den erfreulichen Beweis geliefert, daß Voß nach überwundener schwerer Krankheit wieder seine alte Schaffenskraft wiedergewonnen hatte; leider sind nun freilich in Folge der neuerlichen Erkrankung des Dichters die Erwartungen auf weitere Schöpfungen seiner dramatischen Muse fast gesunken. Hoffen wir jedoch in dieser Beziehung das Beste!

Die Darstellung der Hauptrollen des Stücks war eine ausgezeichnete. Herr Nowak bot in der Rolle des Thomas Lehr eine meisterhafte schauspielerische Leistung. Im ersten Akte der durch den zwanzigjährigen Aufenthalt im Buchthause zerrüttete, stumpfsinnige, fast verthirte Mann mit dem scheuen Wesen und der unsicheren, beständig stockenden Sprache, ein einfaches, natürliches, rührendes Bild, wußte Herr Nowak im zweiten Akte das Wiedererwachen seiner gebrochenen Seele, seines zerstörten Gemüths und dann die entzückliche Erkenntnis der Verwesenheit, zu der die Not seine Familie geführt hat, in tief ergreifender Weise zu veranschaulichen. Ganz vortrefflich war ferner Fr. Doppe in der Rolle der unglücklichen in der Abhängigkeit von einem Schurken sich befindenden Frau Lehr, Fr. Golandt als Tochter Julie mit ihrer unbeweglichen Sehnsucht nach Glück und Herr Vollmann als Karl Lehr. Auch die übrigen Mitwirkenden wurden ihren Aufgaben voll gerecht mit Ausnahme des Herrn Grübe, dessen Leistung recht bedenklich von den anderen abstach und sogar störend wirkte.

Der Beifall des Publikums war nicht gerade ein begeisterter, aber der tiefe Eindruck, den das Stück und die Darstellung machte, war unverkennbar. Sehr "geschmackvoll" leitete das Orchester den Abend mit dem Torgauer Marsch ein, was nicht unerwähnt bleiben soll. Überhaupt die Zwischenaktsmusik, doch schweigen wir lieber!

St.

Der Kleinbesitz solle freigemacht werden von dem Einfluß der kündbaren Hypothesen, die viel rücksichtsloser vorgenommen wie die alten Feudalherren. Den Einwänden der Freisinnigen gegen die Vorlage hält Redner entgegen, daß wenn der Himmel einstürze, er auch die Spatzen tödlichlagen müsse. Das einzige Hauptbedenken, das er mit den Freisinnigen theile, sei das gegen die Unabkömlichkeit einer Quote. Wenn diese Bestimmung bestätigt werde, sei die Vorlage freudig zu begrüßen.

Abg. Dr. Sattler (nl.) hat prinzipiell kein Bedenken gegen die Unabkömlichkeit, ist aber doch im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auch nicht gegen die Streichung des bezüglichen § 4.

Abg. Brandenburg (Str.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus, wogegen

Abg. Dr. Gerlich (frt.) erhebliche Bedenken gegen das Risiko, das der Staat durch die Vorlage auf sich nimmt, äußert.

Die Vorlage geht schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird darauf ein Antrag Schulz-Lupits (frt.) auf Errichtung einer Versuchsanstalt für Bildungshilfes der Regierung zur Erwähnung überwiesen.

Ein weiterer Antrag Schulz-Lupits auf Verlegung des Buß- und Bettages wird nach einer entgegenkommenden Erklärung des Kultusministers Febr. v. Bedlik-Trübschler zurückgezogen, dafür aber eine Resolution Seer angenommen, bei der Reichsregierung um Einführung eines für ganz Deutschland gemeinsamen Buß- und Bettages vorsichtig zu werden.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Etat der Berg-, Hüttens- und Salinenverwaltung). Schluß 2½ Uhr.

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 27. April, 11 Uhr. Oberbürgermeister Dr. Baumbach ist in das Haus eingetreten.

Die Berathung des Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt.

Die §§ 18–23 werden unverändert angenommen.

Bei § 24 (Declarationspflicht) bittet:

Oberbürgermeister Struckmann, trotzdem er diesen Bestimmungen früher nicht freundlich gegenüber gestanden habe, nunmehr die Declarationspflicht für alle Einkommen in aller Schärfe durchzuführen, damit nicht die leicht durchsichtigen Einkommen gegenüber den übrigen benachteiligt würden. Damit der Standpunkt der Fiskalität nicht allzu stark hervortrete, sei es auch wünschenswerth, nicht den Landrat, der über die Einkommensverhältnisse in seinem Kreise allzu genau instruiert sei, sondern einen Regierungskommissar zum Vorsitzenden der Einschätzungscommission zu machen.

Finanzminister Dr. Miquel hält diesen Ausführungen des Vorredners die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses entgegen, in welchen die von ihm angeregten Fragen so eingehend behandelt worden seien, daß es nicht möglich sei, etwas neues darüber zu sagen. Bei der ersten Veranlagung solle die Declarationspflicht mit aller Strenge gehandhabt, und auch auf solche Personen ausgedehnt werden, die bisher weniger als mit einem Einkommen von 3000 M. zur Steuer veranlagt worden seien.

§ 24 wird angenommen, ebenso §§ 25–29.

§ 30 bestimmt u. a., daß wer innerhalb 4 Wochen nach einer nochmals an ihn ergangenen Aufforderung die Steuererklärung nicht abgebe, einen Bußschlag von 25 Proz. zu der verlangten Steuer zu zahlen habe.

Oberbürgermeister Dr. Baumbach hält diese Bestimmung, welche durch das Abgeordnetenhaus neu eingefügt sei, für eine außerordentliche Verjährungszeit der Regierungsvorlage, sie führe den Declarationsanspruch ein. Die Steuerzahler würden diesen Bußschlag als Strafe auffassen. Die Regierung habe einen solchen Zwang nicht für nothwendig erachtet, und auch in Sachsen, auf das man sich bei diesem Gesetz so viel berufe, bestehe dieser Zwang nicht. In sehr vielen Fällen sei eine genaue Declaration gar nicht möglich trotz redlichen Willens. Man dürfe aber selbst da, wo sie möglich sei, aber doch nicht gemacht werde, nicht die Zumuthung stellen, seine Geschäftsgeheimnisse preiszugeben, denn die Diskretion könne beim besten Willen nicht bewahrt werden. Man würde auch zum Ziele kommen, wenn man es bei der Declarationspflicht beließe, ohne den Zwang einzuführen.

§ 30 wird angenommen, ebenso ohne bemerkenswerthe Erörterung §§ 31–37.

Zu § 77 (Wahlkreis) wird unter Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse der niedrigere Census in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Der Rest der Vorlage wird nach den Kommissionsbeschüssen angenommen. In der Schlussbestimmung gelangt darauf die ganze Vorlage mit großer Mehrheit zur Annahme.

Das Erbschaftssteuer- und Gewerbesteuergesetz werden ohne wesentliche Debatte nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Begeordnung für Sachsen und Landgemeindeordnung).

Deutschland.

Berlin, 27. April. Die Nachrichten aus Westfalen haben heute im Reichstage eine wahrhaft beklemmende Wirkung ausgeübt. Es hilft wenig, daß die Überzeugung allgemein ist, die streikenden Bergleute würden sich in ein schweres Unheil stürzen. So gewiß dieser Ausgang ist, so vergessen doch auch die rücksichtslosen Gegner der Sozialdemokratie nicht, daß es Landsleute sind, unsere Brüder und Volksgenossen, um deren Wohl und Wehe es sich hier handelt, und daß das zu erwartende Unglück nicht auf die Bergleute beschränkt bleiben wird. Die Industrie wird, wosfern es wirklich zu einem Generalstreik kommt, furchtbar in Mitteidenschaft gezogen werden. Eine schwierere Krise als diese konnte uns bei der ohnehin schon bedenklichen Störung und Stockung von Handel und Gewerbe gar nicht treffen. Nicht am wenigsten bedrückt sind die sozialdemokratischen Abgeordneten. Sie erklären ganz offen, daß sie mit größter Sorge in die Zukunft sehen, und sie wissen nicht zu sagen, was werden wird, wenn der Streik, wie anzunehmen, alle Bergreviere ergreift und dann rücksichtslos unterdrückt wird. Das Staatsministerium hat heute eine Sitzung abgehalten, von der glaubhaft verlautet, daß die Maßnahmen, die gegenüber den Streikenden zu treffen sind, den Berathungsgegenstand gebildet haben. Es wird berichtet, daß beschlossen wurde, durch eine eventuell überaus weitgehende Ermäßigung der Eisenbahntarife die Kohlenzufuhren aus dem Auslande zu erleichtern, im übrigen aber jede Ausschreitung der Strikeenden unbedingt und mit eiserner Energie zu Boden zu schlagen. Daz den Streikenden die moralische Unterstützung von oben her fehlt, wie sie sie vor zwei Jahren

befasst, ist ohne Weiteres klar. Es geht zum Überfluß aus der Anweisung des Oberpräsidenten von Westfalen an die Unterbehörden hervor, die Zechenverwaltungen würden aber trotzdem gut daran thun, Mäßigung und Klugheit walten zu lassen. Es ist bemerkenswerth, daß die gesamte Berliner Presse, indem sie den wahrhaft verbrecherischen Leichtfinn der Bergleute nach Gebühr verurtheilt, doch den Arbeitgebern empfiehlt, der Besonnenheit Raum zu geben. — Für die heute im Reichstag verbreitete Meldung, Fürst Bismarck werde kommen, um der Dr. außer Feier für Moltke beizuwohnen, fehlt es bisher an der Bestätigung. Das Gerücht ist in konserватiven Kreisen entstanden, aber keiner der Herren wußte zu sagen, welche Anhaltspunkte er für die Behauptung habe. Im Publikum hat man heute die Frage, ob Fürst Bismarck seinem großen Genossen die letzte Ehre geben werde, vielfach erörtern hören können. Der Fürst sollte sich klar darüber sein, daß das natürliche Empfinden des Volkes seine Anwesenheit in Berlin bei diesem Anlaß verlangt und sein Fernbleiben nicht begreifen würde. Ein merkwürdiger Augenblick freilich wäre es, in welchem der alte Kanzler dem jungen Kaiser an der Leiche Moltkes gegenüberstünde.

Für die Vertagung der Sperrgelder vorlage im Abgeordnetenhaus führt die "Köln. Blg." an, man fürchte, daß ein großer Theil der Konservativen in Folge der Bestimmung gegen Freiherrn v. Huene (anlässlich der Vorgänge bei der Landgemeindeordnung) jetzt gegen das Gesetz stimmen würde, dem auch die Nationalliberalen und Freikonservativen „nichts weniger als günstig“ gegenüberstehen. „Als feste Anhänger der Vorlage, fügt das Blatt hinzu, sind zur Zeit nur das Zentrum und die Gesellschaft desselben, die Deutschfreisinnigen zu betrachten, welche unter der staatsmännischen Leitung eines Eugen Richter aus wahlpolitischen Gründen dem Zentrum die Schleppträge tragen. In demselben Augenblick also, wo die "Köln. Blg." die Vertagung einer Vorlage, welche mit den bekannten konservatischen Verbesserungsanträgen einstimmt, d. h. von den Mitgliedern aller Parteien beschlossen worden ist, bis nach Pfingsten befürwortet, um etwaigen Bedenken gegen die Vorlage die Spitze abzubrechen, denuncirt sie in dem aus der Bismarckzeit herührenden Jargon die Freisinnigen als Schleppträge des Zentrums“ weil dieselben der Regierungsvorlage ebenso wie die Nationalliberalen zu stimmen. Und das nur, um die Thatache zu verschleiern, daß die Nationalliberalen Herrn Miquel zu Liebe heute zu einem Gesetz ja sagen, welches sie bisher für prinzipiell unannehmbar erklärt haben, während die Freisinnigen für das der jetzigen Vorlage zu Grunde liegende Prinzip der Rückgabe des Kapitals schon im vorigen Jahre eingetreten sind.

Effen a. d. Ruhr, 27. April. Nach einer Zusammenstellung der "Rhein.-Westf. Blg." soll auf den Bechen des Dortmunder Reviers angeblich Alles an der Arbeit sein. Auch das Gelsenkirchener und Herne Revier soll ohne Ausstand sein. Auf der Zeche "Borussia" bei Marten sind nur 80 Mann angefahren. Im Wittener Revier streift auf den Bechen "Franziska Tiefbau" und "Bommerländer Tiefbau" etwa die Hälfte der Belegschaft. Im Stadt- und Landkreis Essen wird von den 32 im Revier liegenden Bechen nur auf den Bechen "Friedrich Wilhelm" bei Kupferdreh, "Wolfsbank", "Christian Levin", "Schacht Wilhelm" und "Schacht Joachim" von Königin Elisabeth, "Hagenbeck" bei Altendorf und "Bonifacius" gestreift, auf denselben ist nur ein Theil der Belegschaft angefahren. Im Bochumer und Dahlhauser Revier ist die Lage gegen Sonnabend im Allgemeinen wenig verändert. Auf der Kruppischen Zeche "Hannover" streift nunmehr auch ein Theil der Belegschaft von "Schacht 1". Von 540 Mann sind nur 376 Mann angefahren. Auf Schacht 2 sind von 355 Mann 83 angefahren. Auf den Bechen "Konstantin der Große", "Hannibal" und "Lothringen" arbeitet Alles; auf den Bechen "Friedlicher Nachbar", "Holland", "Marianne und Steinbank" und "Engelsburg" streift ein großer Theil der Belegschaft. — Weiter verbreitet das "Wolfsche Telegraphen-Bureau" folgende Nachricht aus Essen, die natürlich mit der bei diesem Bureau nothwendigen Vorsicht aufzunehmen ist: Der Ausstand zeigt heute Nachmittag eine erhebliche Abnahme. Auf den Schächten der Zeche "Hannover" von Friedrich Krupp arbeiten von 430 Mann der Mittags-Belegschaft 304. Auf der Zeche "Hagenbeck" bei Altendorf führt die Nachmittagsshift fast vollzählig an. Auf dem Schacht "Wolfsbank" vom Essener Bergwerksverein ist ein Drittel der Belegschaft, auf Schacht "Wilhelm" von der Zeche Königin Elisabeth bei Essen sind von 148 Mann 83 angefahren. Im Dortmundener und Gelsenkirchener Revier ist alles ruhig. — Die Firma Friedrich Krupp hat erneut die Aufforderung an die Arbeiter ihrer Zeche "Hannover" ergehen lassen, am Dienstag wieder anzufahren, widerfalls sie als entlassen betrachtet würden.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. April. S. M. Kanonenboot "Wolf", Kommandant Korvetten-Kapitän Hellhoff, ist am 25. April c. in Amoy eingetroffen und beabsichtigt am 12. Mai c. nach Taku wieder in See zu gehen.

Marienwerder, 27. April. Amtliches Wahlresultat. Bei der am 23. April stattgehabten Reichstags-Erfahrungswahl im Wahlkreis Stuhm-Marienwerder sind im Ganzen 12 185 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielten Landrat Wessel aus Stuhm (deutsche Reichspartei) 6289, v. Ossowski (Pole) 5514, Hobrecht (natlib.) 173 und Sochem (Soz.) 177 Stimmen. Der Erstere ist somit gewählt.

Greifswald, 27. April. Der Professor der Rechte an der hiesigen Universität, Lewis, ist gestern gestorben.

Effen a. d. Ruhr, 27. April. Die Anzahl der streikenden Bergleute beläuft sich heute auf etwa 15 000. Neuerdings sind zu dem Ausstand hinzugetreten die Belegschaften der der Harpener Bergbaugesellschaft gehörenden Bechen "Prinz von Preußen" und "Caroline" bei Langendreer, ferner die Bechen "Wiendahlshausen" bei Barop, "Mannsfeld" bei Langendreer, "Mont-Cenis" bei Herne, "Herminglück" und "Liberius" bei Bochum.

Gelsenkirchen, 27. April. Im hiesigen Bezirke ist die Aufforderung zum allgemeinen Streik nicht befolgt worden; abgesehen von den Bechenbelegschaften, die bereits in voriger Woche streikten, ist die Morgenschicht und die Mittagsshift überall angefahren.

Mannheim, 27. April. Der Großherzog hat die Einladung zur Theilnahme an der Pfingsten hier stattfindenden deutschen Lehrerversammlung angenommen und wird der Versammlung am Eröffnungstage beiwohnen.

Dresden, 27. April. Die hiesige Polizei-Direktion sowie die Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt haben für ihre Bezirke auch das Unternehmen von gruppenweisen Ausflügeln am 3. Mai untersagt.

Wien, 27. April. Nach einer aus Witkowitz in Mähren an hiesige Blätter gelangten Meldung hat in den dortigen Eisenwerken heute Vormittag eine Explosion giftiger Gase stattgefunden. Mehrere Arbeiter sollen verwundet oder getötet sein.

Wien, 27. April. Gegenüber der Behauptung des Wiener Correspondenten des "Gaulois" von angeblich durch Griechenland unterstützten russischen Protesten gegen die Lösung der Uesküper Glockenangelegenheit konstatirt die "Politische Korresp.", daß die Behauptung des "Gaulois" eine reine Erfindung und den Minirarbeiten jener Persönlichkeiten beizuhören sei, denen das freundschaftliche Verhältnis der Türkei mit Österreich-Ungarn ein Dorn im Auge sei und die wohl auch die Uesküper Affäre hervorgerufen hätten.

Petersburg, 27. April. Anlässlich des Ablebens des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch ist eine dreimonatliche Hoftrauer angeordnet worden. Neben die Ueberführungs- und Beiseigungsfeierlichkeiten ist noch nichts bekannt gegeben. — Der Fürst von Montenegro begibt sich von Cannes über Wien nach Petersburg, um der Beiseigungsfeier für den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch beizuwohnen.

Bern, 27. April. Die meisten schweizerischen Blätter ohne Ausnahme der Parteistellung widmen dem verewigten GFM. Grafen v. Moltke sympathische Nachrufe, in denen der selbe als einer der größten Strategen aller Zeiten und Völker bezeichnet wird. Die Blätter erinnern an die Zuneigung Moltkes der Schweiz gegenüber, in welcher er oft und gern geweilt habe.

Paris, 27. April. Der französische Botschafter in Petersburg, Laboulaye, hat aus Familienrücksichten um die Enthebung von seinem Posten gebeten. Dem Vernehmen nach wird der Rücktritt Laboulays der Ausgangspunkt weiterer Veränderungen in den diplomatischen Vertretungen Frankreichs sein.

Ein Rundschreiben des Arbeitsministers, Yves Guyot, ordnet an, daß im Interesse der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs die Lokomotivführer und Heizer innerhalb 24 Stunden höchstens 12 Stunden arbeiten dürfen.

Paris, 27. April. Der Minister des Innern Constance wird morgen dem Ministerrath einen Antrag der Testamentsvollstrecker des Prinzen Jérôme Napoléon unterbreiten, in welchem die Erlaubnis nachgefragt wird, den Leichnam des Prinzen auf den Iles sanguinaires bei Ajaccio zu beerdigen. In Erwartung des Beschlusses des Ministerraths hat Constance den Präfekten von Corsica um seine Ansichten über diese Angelegenheit ersucht.

Der Gerichtshof des Departements der Seine hat zwei Anarchisten wegen Verbreitung von Broschüren und Zeitungsartikeln, in welchen zu Mord, Plünderung und Brandstiftung am 1. Mai aufgefordert wird, in contumacium zu 2 Jahren Gefängnis und 3000 Frs. Geldstrafe verurtheilt. — Der Deputierte Basly brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, nach welchem der Arbeitstag auf ein Maximum von acht Stunden beschränkt werden soll. Vergehen gegen dieses Gesetz sollen mit Gefängnis bestraft werden. Der Deputierte Biger (Schützöller) brachte einen Antrag ein, nach welchem vom 10. Mai bis zum 1. November der Zoll auf auswärtiges Getreide auf 2 Frs. 50 und auf Mehl 6 Frs. herabgezahlt werden soll.

Paris, 27. April. Die Gesandtschaft von Chili erhielt ein Telegramm, in welchem es heißt, der Kapitän Moraga sei mit den Kreuzern "Lynch" und "Condell" nach Valparaíso zurückgekehrt. Diese Kreuzer hätten in dem Gefechte auf der Rhede von Caldera fünf Torpedos gegen die Schiffe der Aufständischen geschleudert und von diesen den "Blanco Encalada" und das Schlachtschiff "Huáscar" in den Grund gehobt. Die Kreuzer selbst seien unbeschädigt geblieben.

Brüssel, 27. April. Eine gestern abgehaltene Versammlung der Delegirten der zum belgischen Nationalverband gehörenden Bergarbeiter nahm eine Resolution an, in welcher sich dieselben in den Bestrebungen zur Erreichung des achtstündigen Arbeitstages mit den deutschen Bergarbeitern solidarisch erklären und sich verpflichten, sobald in Deutschland der allgemeine Streik eintrete, auch in Belgien denselben durchzuführen. Außerdem erklärte die Versammlung, daß der Ausstand auch in den Dienst der Bestrebungen zur Herbeiführung des allgemeinen Wahlrechts in Belgien gestellt werden solle.

Köln, 28. April. Die "Kölnische Zeitung" meldet aus Dahlhausen von gestern, daß der Bergmann Bauer (Weitmar) wegen Aufreizung zum Ausstande verhaftet ist.

Telegraphische Vorberichte.

Bonds-Arrie.

Breslau, 27. April. Matt. 3½%ige L-Bondsbriefe 97,60, 4%ige ungarische Goldrente 92,90, Konsolidirte Türken 18,75, Türkische Poste 75,75, Breslauer Diskontobank 104,00, Breslauer Wechslerbank 102,50, Schlesischer Bankverein 119,50, Kreditaffären 163,50, Donnersmarchhütte 80,00, Oberschles. Eisenbahn 66,00, Oppeln Bement 95,50, Kramnitz 127,75, Laurahütte 122,00, Verein Delfabrik 106,50, Österreichische Banknoten 174,90, Russische Banknoten 241,40.

Schles. Binfaffen 192,25, Oberösterreich. Porland-Bement 109,00, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122,00, Flöther Maschinenbau 110,00.

4½% prozent. Obligation der Oberösterreichischen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb in Gleiwitz 101,00, Schlesische Dampfschiffskompanie 102,50, Neue 3proz. Reichsanleihe 85,45.

Produkten-Purie.

Bremen, 27. April. Verreiter.m. (Schluckerbericht) Standard white Iso 6,40 Br. Rubig.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 124^{1/4} bez.

Norddeutsche Walzmührelei — Br.

Hamburg. 27. April. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per April —, per Mai 86^{1/4}, per September 82^{1/2}, per Dezember 74^{1/4}. Behauptet.

Hamburg. 27. April. Biermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Bafis 88 v.Ct. Rendement neue Ufance, frei am Bord Hamburg per April 13,70, per Mai 13,62^{1/2}, per August 13,82^{1/2}, per Dezember 12,60. Stetig.

Hamburg. 27. April. Getreidemarkt. Weizen loto ruhig, polsteiner loto neuer 222—232. Roggen loto ruhig, mecklenburg, loto neuer 195—205, rufisch, loto ruhig, 150—154. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverz.) fest, loto 64. — Spiritus ruhig, per April-Mai 35^{1/2} Br., per Mai-Juni 35^{1/2} Br., per Juli-August 36^{1/2} Br., per Septbr.-Oktober 37^{1/2} Br. Kaffee ruhig, Ilmias 2000 Sac. — Petroleum ruhig. Standard white loto 6,40 Br., per August-Dezbr. 6,70 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Berl. 27. April. Produktenmarkt. Weizen loto steigend, per Frühjahr 9,80 Gd., 9,85 Gd., per Mai-Juni —, Gd., — Br., per Herbst 9,44 Gd., 9,46 Br. Hafer per Frühjahr 7,50 Gd. 7,55 Br., per Herbst 6,45 Gd., 6,47 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,93 Gd., 6,95 Br. Juli-August 7,10 Gd., 7,12 Br. — Kohlraps per August-September 17,50 Gd., 17,60 Br. — Wetter: Schön.

Paris. 27. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen weich, per April 31,80, per Mai 31,00, Mai-August 30,70, per September-Dezbr. 29,80. — Roggen fest, per April 19,70, per September-Dezember 19,80. — Mehl weich, per April 67,20, per Mai 65,40, per Mai-August 65,40, per September-Dezember 65,50. Rüböl weich, per April 76,00, per Mai 76,50, per Mai-August 77,50, per Septbr.-Dezember 79,50. Spiritus ruhig, per April 42,00, per Mai 42,00, per Mai-August 42,25, per September-Dezember 40,75. — Wetter: Bedeckt.

Paris. 27. April. (Schlussbericht.) Rohzucker 888 ruhig, loto 35,25 a 35,50. Weizen Buder ruhig, Nr. 3 per 100 Kilo per April 36,75, per Mai 37,00, per Mai-August 37,25, per Oktober-Januar 35,25.

Havre. 27. April. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 107,00, per September 103,50, per Dezember 93,50. Behauptet.

Havre. 27. April. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Hauffe. Rio 2000 Sac. Santos 3000 Sac. Recettes für Sonnabend.

Amsterdam. 27. April. Java-Kaffee good ordinary 61^{1/2}.

Amsterdam. 27. April. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per Novbr. 264. — Roggen loto geschäftsfest, auf Termine niedriger, per Mai 194 a 193 a 192, per Oktober 181 a 180 a 179. Mais per Herbst —. Rüböl loto 34^{1/2}, per Mai 32^{1/2}, per Herbst 34^{1/2}.

Amsterdam. 27. April. Vancazzini 53%.

London. 27. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig, schwimmender 1^{1/4}—1^{1/2} sh. niedriger als in voriger Woche jedoch ohne Käufer, englischer ruhig, feinst 1 sh. teurer als in voriger Woche, fremder träge fast unverändert; Mehl seit, mäßige Nachfrage; Mais schwächer, Malzgerste thätiger, Mälzgerste stetig; Hafer seit, wenig Nachfrage. Bohnen ruhig, Erbsen stetig. — Wetter: Heiter, klarer Himmel.

London. 27. April. Die Getreidezufrachten betragen in der Woche vom 18. April bis 24. April: Englischer Weizen 2391, fremder 13,633, englische Gerste 1779, fremde 1811, englische Malzgerste 19,798, fremde —, englischer Hafer 227, fremde 50,014 Dtsr. Englisches Mehl 19,284, fremdes 42,597 Sac.

London. 27. April. Chili-Kupfer 50%, per 3 Monat 51^{1/2}.

London. 27. April. 96 v.Ct. Javazucker loto 15^{1/2} träge. — Rüböl-Rohzucker loto 13^{1/2} fest.

Centrifugal Cuba —.

Liverpool. 27. April. Baumwolle (Anfangsbericht.) Muthmaschlicher Umsatz 8000 B. Ruhig. Tagesimport 9000 Ballen.

Liverpool. 27. April. Baumwolle. Umtag 8000 Ballen, da von für Spekulation und Export 1000 B. Unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: April-Mai 4^{11/16} Räuferpreis, Mai-Juni 4^{5/8} do., Juli-August 5^{1/2} do. Veräuferpreis, August-September 4^{7/8} do. Räuferpreis.

Liverpool. 27. April. Baumwollensmarkt. (Weitere Meldung.) Egyptian brome fair 5^{1/2}, do. good fair 5^{15/16} do.

Glasgow. 27. April. Kohleisen. (Schluß.) Mized numbres Warrants 45 sh. 1^{1/2} d.

Glasgow. 27. April. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 7440 Tons gegen 8370 in derselben Woche des vorigen Jahres.

Antwerpen. 27. April. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Hafer fest. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen. 27. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Vassinites Type weiß loto 16^{1/4} bez. und Br., per April 16^{1/4} Br., per Mai 16 Br., per Juni 16 Br., per Septbr.-Dezem- ber 16^{1/4} Br. Ruhig.

Newyork. 27. April. Rother Winterweizen per April fehlt, per Mai 1 D. 18^{1/4} C.

Berlin. 28. April. Wetter: Prachtwetter.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin. 27. April. Die heutige Börse eröffnete in matter Haltung und mit zumeist niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet, namentlich gilt dies aber von Montanwerthen und Bankaktien. Die von den fremden Börsenplägen vorliegenden Tendenzmeldungen boten Anregung in keiner Beziehung dar, doch wirkten die Nachrichten aus dem Auslandsgebiet im Ruhrkohlenrevier verstimmt.

Hier entwickelte sich das Geschäft zu den niedrigeren Notierungen theilsweise ziemlich lebhaft, da den Verkaufsordres gegenüber ziemlich umfangreiche Deckungen ausgeführt wurden.

Im späteren Verlaufe des Verkehrs erschien denn auch die Gesamtbaltung etwas befestigt und die Stimmung beruhigter.

Von den Bankaktien waren Diskonto-Kommandit-Antheile besonders angeboten, aber auch andere speulative Bankaktien matter.

Inländische Eisenbahnaktien waren bei ruhigem Handel nach schwacher Eröffnung bestellt, zeigten sich schließlich aber wieder abgeschwächt. Österreichische Eisenbahnaktien zumeist behauptet, Franzosen und Duz-Wodenbach etwas besser, schweizerische und andere ausländische Eisenbahnaktien abgeschwächt.

Außländische Staatsfonds und Renten fanden sich durchschnittlich gut behauptet, blieben aber ruhig; Italiener fester. Inländische Staatsfonds lagen schwach; 4 Prozentige Reichsanleihe fest.

Der Kassamarkt zeigte bei ruhigem Handel zumeist wenig veränderte Kurse.

Bon den Montanwerthen büßten naturgemäß Aktien von Kohlenbergwerken am Meisten ein. Geld zu Prolongationszwecken wurde mit ungefähr 3^{1/4} Prozent gegeben.

Der Privatdiskont wurde mit 2^{6/8} Proz. notirt.

Produkten-Börse.

Berlin. 27. April. Die Berichte vom Ausland melden schwächere Preise; aus Newyork wird ein Abschlag von 1 C. für hintere Terme gemeldet. Angesichts des wärmeren und regendrohenden Wetters war die Getreidebörsé auch hier matt gestimmt, um so mehr, als ein bisher an der Hauffe interessiertes Haus als Abgeber in den Markt trat. **Weizen** verlor bei mäßigem Geschäft unter Schwankungen per Frühjahr 2 M., per Herbst 4^{1/2} M. **Roggen** stellte sich bei sehr lebhaftem Verkehr um ca. 3 M. niedriger. Am Sonnabend ist eine größere Partie ab Petersburg zu 152 M. eif Stettin unverfeuert gehandelt. Heute waren größere russische Öfferten im Markt, welche indeß keine Rechnung ließen. **Hafer** konnte sich ziemlich gut behaupten; der Umsatz darin war gut. **Roggenmehl** legte wesentlich niedriger ein, doch war für nahe Sichten zu den herabgesetzten Preisen lebhafter Begehr, so daß diese sich etwas erhöhen konnten. **Rüböl** weichend. **Spiritus** sehr still und bei festen Haltung wenig verändert.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko flau. Termine schließen flau. Gefündigt 900 Tonnen. Kündigungspreis 236 Mark. Loko 215—234 Mark nach Qualität.

Der Privatdiskont wurde mit 2^{6/8} Proz. notirt.

Produkten-Börse.

Berlin. 27. April. Die Berichte vom Ausland melden schwächere Preise; aus Newyork wird ein Abschlag von 1 C. für hintere Terme gemeldet. Angesichts des wärmeren und regendrohenden Wetters war die Getreidebörsé auch hier matt gestimmt, um so mehr, als ein bisher an der Hauffe interessiertes Haus als Abgeber in den Markt trat. **Weizen** verlor bei mäßigem Geschäft unter Schwankungen per Frühjahr 2 M., per Herbst 4^{1/2} M. **Roggen** stellte sich bei sehr lebhaftem Verkehr um ca. 3 M. niedriger. Am Sonnabend ist eine größere Partie ab Petersburg zu 152 M. eif Stettin unverfeuert gehandelt. Heute waren größere russische Öfferten im Markt, welche indeß keine Rechnung ließen. **Hafer** konnte sich ziemlich gut behaupten; der Umsatz darin war gut. **Roggenmehl** legte wesentlich niedriger ein, doch war für nahe Sichten zu den herabgesetzten Preisen lebhafter Begehr, so daß diese sich etwas erhöhen konnten. **Rüböl** weichend. **Spiritus** sehr still und bei festen Haltung wenig verändert.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko flau. Termine schließen flau. Gefündigt 900 Tonnen. Kündigungspreis 236 Mark. Loko 215—234 Mark nach Qualität.

Der Privatdiskont wurde mit 2^{6/8} Proz. notirt.

Produkten-Börse.

Berlin. 27. April. Die Berichte vom Ausland melden schwächere Preise; aus Newyork wird ein Abschlag von 1 C. für hintere Terme gemeldet. Angesichts des wärmeren und regendrohenden Wetters war die Getreidebörsé auch hier matt gestimmt, um so mehr, als ein bisher an der Hauffe interessiertes Haus als Abgeber in den Markt trat. **Weizen** verlor bei mäßigem Geschäft unter Schwankungen per Frühjahr 2 M., per Herbst 4^{1/2} M. **Roggen** stellte sich bei sehr lebhaftem Verkehr um ca. 3 M. niedriger. Am Sonnabend ist eine größere Partie ab Petersburg zu 152 M. eif Stettin unverfeuert gehandelt. Heute waren größere russische Öfferten im Markt, welche indeß keine Rechnung ließen. **Hafer** konnte sich ziemlich gut behaupten; der Umsatz darin war gut. **Roggenmehl** legte wesentlich niedriger ein, doch war für nahe Sichten zu den herabgesetzten Preisen lebhafter Begehr, so daß diese sich etwas erhöhen konnten. **Rüböl** weichend. **Spiritus** sehr still und bei festen Haltung wenig verändert.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko flau. Termine schließen flau. Gefündigt 900 Tonnen. Kündigungspreis 236 Mark. Loko 215—234 Mark nach Qualität.

Der Privatdiskont wurde mit 2^{6/8} Proz. notirt.

Produkten-Börse.

Berlin. 27. April. Die Berichte vom Ausland melden schwächere Preise; aus Newyork wird ein Abschlag von 1 C. für hintere Terme gemeldet. Angesichts des wärmeren und regendrohenden Wetters war die Getreidebörsé auch hier matt gestimmt, um so mehr, als ein bisher an der Hauffe interessiertes Haus als Abgeber in den Markt trat. **Weizen** verlor bei mäßigem Geschäft unter Schwankungen per Frühjahr 2 M., per Herbst 4^{1/2} M. **Roggen** stellte sich bei sehr lebhaftem Verkehr um ca. 3 M. niedriger. Am Sonnabend ist eine größere Partie ab Petersburg zu 152 M. eif Stettin unverfeuert gehandelt. Heute waren größere russische Öfferten im Markt, welche indeß keine Rechnung ließen. **Hafer** konnte sich ziemlich gut behaupten; der Umsatz darin war gut. **Roggenmehl** legte wesentlich niedriger ein, doch war für nahe Sichten zu den herabgesetzten Preisen lebhafter Begehr, so daß diese sich etwas erhöhen konnten. **Rüböl** weichend. **Spiritus** sehr still und bei festen Haltung wenig verändert.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko flau. Termine schließen flau. Gefündigt 900 Tonnen. Kündigungspreis 236 Mark. Loko 215—234 Mark nach Qualität.

Der Privatdiskont wurde mit 2^{6/8} Proz. notirt.

Produkten-Börse.

Berlin. 27. April. Die Berichte vom Ausland melden schwächere Preise; aus Newyork wird ein Abschlag von 1 C. für hintere Terme gemeldet. Angesichts des wärmeren und regendrohenden Wetters war die Getreidebörsé auch hier matt gestimmt, um so mehr, als ein bisher an der Hauffe interessiertes Haus als Abgeber in den Markt trat. **Weizen** verlor bei mäßigem Geschäft unter Schwankungen per Frühjahr 2 M., per Herbst 4^{1/2} M. **Roggen** stellte sich bei sehr lebhaftem Verkehr um ca. 3 M. niedriger. Am Sonnabend ist eine größere Partie ab Petersburg zu 152 M. eif Stettin unverfeuert gehandelt. Heute waren größere russische Öfferten im Markt, welche indeß keine Rechnung ließen. **Hafer** konnte sich ziemlich gut behaupten; der Umsatz darin war gut. **Roggenmehl** legte wesentlich niedriger ein, doch war für nahe Sichten zu den herabgesetzten Preisen lebhafter Begehr, so daß diese sich etwas erhöhen konnten. **Rüböl** weichend. **Spiritus** sehr still und bei festen Haltung wenig verändert.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko flau. Termine schließen flau. Gefündigt 900 Tonnen. Kündigungspreis 236 Mark. Loko 215—234 Mark nach Qualität.

Der Privatdiskont wurde mit 2^{6/8} Proz. notirt.

Produkten-Börse.

Berlin. 27. April. Die Berichte vom Ausland melden schwächere Preise; aus Newyork wird ein Abschlag von 1 C. für hintere Terme gemeldet. Angesichts des wärmeren und regendrohenden Wetters war die Getreidebörsé auch hier matt gestimmt, um so mehr, als ein bisher an der Hauffe interessiertes Haus als Abgeber in den Markt trat. **Weizen** verlor bei mäßigem Geschäft unter Schwankungen per Frühjahr 2 M., per Herbst 4^{1/2} M. **Roggen** stellte sich bei sehr lebhaftem Verkehr um ca. 3 M. niedriger. Am Sonnabend ist eine größere Partie ab Petersburg zu 152 M. eif Stettin unverfeuert gehandelt. Heute waren größere russische Öfferten im Markt, welche indeß keine Rechnung ließen. **Hafer** konnte sich ziemlich gut behaupten; der Umsatz darin war gut. **Roggenmehl** legte wesentlich niedriger ein, doch war für nahe Sichten zu den herabgesetzten Preisen lebhafter Begehr, so daß diese sich etwas erhöhen konnten. **Rüböl** weichend. **Spiritus** sehr still und bei festen Haltung wenig verändert.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogramm. Loko flau. Termine schließen flau. Gefündigt 900 Tonnen. Kündigungspreis 236 Mark. Loko 215—234 Mark nach Qualität.

Der Privatdiskont wurde mit 2^{6/8} Proz. notirt.

Produkten-Börse.

Berlin. 27. April. Die Berichte vom Ausland melden schwächere Preise; aus Newyork wird ein Abschlag von 1 C. für hintere Terme gemeldet. Angesichts des wärmeren und regendrohenden Wetters war die Getreidebörsé auch hier matt gestimmt, um so mehr, als ein bisher an